



Facebook: <https://www.facebook.com/familieninderKrise/>
Twitter: https://twitter.com/FidK_Bund
Instagram: https://www.instagram.com/familien_inderkrise/

Pressemitteilung

Zur Isolation von Kindern

Reaktion auf die Stellungnahme vom Kreis Offenbach

Stand: 07.08.2020

Wir von Familien in der Krise sind froh, mit unserer Pressemitteilung eine Debatte angestoßen zu haben, wie mit Kindern in Quarantäne umzugehen ist. Leider gerät in der aktuellen Diskussion und Berichterstattung einiges durcheinander, weswegen wir erneut Stellung zu dem Thema beziehen möchten.

Der Kreis Offenbach schreibt in seiner Stellungnahme vom 31.07.2020, dass auf unserer Seite scheinbar ein Missverständnis vorliege und relativiert die in dem Brief beschriebenen Anweisungen. Natürlich freut es uns, dass der Kreis Offenbach scheinbar erkannt hat, dass die gewählten Formulierungen missverständlich sind. Gleichzeitig möchten wir mit dieser Gegendarstellung noch einmal darauf aufmerksam machen, welche Inhalte des Schreibens die betroffenen Familien so stark verunsichert haben.

Konkret geht es um folgende Formulierungen:

“Ihr Kind muss im Haushalt Kontakte zu anderen Haushaltsmitgliedern vermeiden, indem Sie für zeitliche und räumliche Trennung sorgen (keine gemeinsamen Mahlzeiten, Ihr Kind sollte sich möglichst alleine in einem Raum getrennt von den anderen Haushaltsmitgliedern aufhalten).”

Darüber hinaus heißt es:

“Weiterhin machen wir Sie darauf aufmerksam, dass nötigenfalls die zwangsweise Absonderung in einem Krankenhaus angeordnet werden kann.”

Das komplette Schreiben des Gesundheitsamtes Offenbach finden Sie zudem im Anhang.

Wir sind nach wie vor, ebenso wie der Deutsche Kinderschutzbund, der Ansicht, dass diese Anweisungen eine Form psychischer Gewalt darstellen.

Der Kreis Offenbach betont in seiner Stellungnahme vom 31.07.2020, dass Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamtes bei Bedarf für tägliche Gespräche während der Quarantäne erreichbar sind, um Ängste abzubauen und dass Eltern sich “vollumfänglich und altersgerecht um das Kind kümmern” sollen und dürfen.

Wir von Familien in der Krise finden es gut, dass zumindest in den Gesprächen die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt werden, fordern aber Rechtssicherheit für die betroffenen Familien. Die physischen und psychischen Bedürfnisse der Kinder müssen schon bei Erlass des rechtsverbindlichen Verwaltungsaktes im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention stehen und vorrangig berücksichtigt werden.



Facebook: <https://www.facebook.com/familieninderKrise/>
Twitter: https://twitter.com/FidK_Bund
Instagram: https://www.instagram.com/familien_inderkrise/

Wir möchten auch betonen, dass Familien in der Krise die häusliche Quarantäne für ein sinnvolles und angemessenes Mittel hält, um die Ausbreitung des COVID-19 Virus zu verhindern. Wir fordern jedoch eine Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Kindern und eine Verhältnismäßigkeit bei der Umsetzung der Maßnahmen.

Daher hoffen wir, dass die aktuelle Diskussion den entscheidenden Anstoß für die Gesundheitsämter gibt, Verhältnismäßigkeit zu wahren, indem Kinderrechte und Kinderschutz in die wichtigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz einbezogen und missverständliche Formulierungen korrigiert werden.

Kontakt:

Diane Siegloch, Mitgründerin Familien in der Krise

- 0172-694 12 28
- hessen@familieninderkrise.com

Zarah Abendschön-Sawall, Familien in der Krise Baden-Württemberg

- 0151-67803152
- bw@familieninderkrise.com

Familien in der Krise – wer sind wir?

Familien in der Krise ist eine deutschlandweite Initiative, die es sich zum Ziel gesetzt hat, in der Corona-Krise – und darüber hinaus – auf die Situation von Kindern und Familien aufmerksam zu machen und sie ins Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken.

Durch zahlreiche Demonstrationen, Petitionen und offene Briefe weisen wir kontinuierlich auf die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen vor allem für Kinder und auf die dadurch entstehende Diskriminierung von Kindern und Familien hin. Aus unseren Aktionen sind bereits zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker*innen aus Bundes- und Landespolitik sowie ein breites Medienecho resultiert.